

Mordbefehl vom Niederrhein?

Kriegsführung des 21. Jahrhunderts –
von Kalkar aus gesteuert



Im Studio des ZAKK, Fichtenstr. in Düsseldorf, startete im Juli die Friedensbewegung ihre Vorbereitungsveranstaltungen für die Proteste in Kalkar am 3. Oktober. Bernhard Trautvetter (Essen) referierte.

Impressum:

V.i.S.d.P. Ulrich Sander

c/o VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, Gathe 55, 42107 Wuppertal, 0202 45 06 29, nrw[at]vvn-bda[dot]de

Fotos: Bernhard Trautvetter (Essen) / Jochen Vogeler (r-mediabase.eu)

"Ostermarsch"-Aufruf zum 3. Oktober in Kalkar

Demonstration am 3.Oktober 2014 gegen die NATO-Kommandozentrale in Kalkar

Der Krieg beginnt hier und hier muß er gestoppt werden

Friedensbewegte von Rhein und Ruhr wollen am 3.Oktober in Kalkar wieder ein Zeichen für den Frieden setzen und somit gegen eine dort sich erschreckend rasant ausbauende Führungszentrale für Luftkriegsoperationen von Bundeswehr und NATO, protestieren.

Von hier werden schon jetzt Eurofighter und AWACS-Flugzeuge ganz nah an die russische Grenze herangeführt, und von dort soll ein Kampfdrohnenkrieg auch in aller Welt ermöglicht werden. 1600 Fachleute des Tötens erden dort stationiert. Sie dirigieren Eurofighter auch überm deutschen Luftraum, und bei einem permanenten Manöver starben am 23. Juni zwei Piloten. Gleichartige Manöver werden von Kalkar aus in den baltischen Ländern ab April 2014 ständig durchgeführt.

Wir sagen stoppt diese Kriegs treibende Entwicklung wieder vom deutschem Boden aus. Somit fordern wir von der Bundesregierung:

- Die Schließung des NATO-Luftwaffen-Führungshauptquartier in Kalkar
- Ein Konversionsprogramm für den Standort
- Keine Anschaffung von Kampfdrohnen
- Abschaffung von Atomwaffen und deren Modernisierung
- Abrüstung statt neuer NATO-Kriege.

Diesen Aufruf unterstützen:

Ostermarsch Rhein-Ruhr

Koordination für den Frieden

Friedensratschlag Bundesarbeitsausschuss

Mordbefehl vom Niederrhein!

Kriegsführung des 21. Jahrhunderts –

von Kalkar aus gesteuert –

Jedoch: Die Friedensbewegung ist nicht auf der Höhe der NATO

Von Bernhard Trautvetter und Ulrich Sander

Die Idylle trügt: Von Kalkar und Uedem, zwei eher verschlafenen wirkenden Kommunen ganz in unserer Nähe, im Landkreis Kleve am unteren Niederrhein, nordwestlich des Ruhrgebiets, könnte der nächste Weltkrieg aus gesteuert werden.

Dafür erforderliche Einrichtungen befinden sich bereits heute dort, und sie werden beschleunigt ausgebaut: das Combined Air Operations Centre der NATO und die Führungszentrale Nationale Luftverteidigung (FüZNatLV) der Bundeswehr. Kein Wunder, dass sich die NATO gerade dort im Herbst 2012 auf einer Konferenz auf die „Kriegsführung im 21. Jahrhundert“ einstimmt: eine Kriegsführung, die weitgehend auf neue Technologien setzt und an deren vernetzter Anwendung – mit Militärsatelliten (GPS), Hightech-Flugobjekten mit und ohne Piloten (Spionage- und Kampfdrohnen), Tötungsrobotern – die NATO bereits übt. Atombomben lassen sich durch Cyberwar-Angriffe auf Atomanlagen ersetzen, der Zusammenbruch der Wasserversorgung ganzer Großregionen wird wie in einem Computerspiel ausgelöst. Das alles ist Gegenstand von Planspielen der Militärs. Automatische Tötungen Unbeteiligter, unerklärte Kriege und völkerrechtswidrige Überfälle sind nicht die einzigen Konsequenzen des Krieges 3.0. Längst hat die NATO den Friedensauftrag des Völkerrechts, hat die Bundeswehr ihre Verpflichtung auf den Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes hinter sich gelassen. Kalkar ist für die Neuorientierung der Bundeswehr ein neuralgischer Punkt. Deshalb ist es die Aufgabe der Friedensbewegung, aufzuklären und die Pläne der NATO-Strategen mit neuen Protesten auch in Kalkar zu durchkreuzen.

Unser Autor Bernhard Trautvetter ist seit über drei Jahrzehnten in der Friedens-, Gewerkschafts- und Umweltbewegung aktiv, hat recherchiert, worum es im digitalen Krieg 3.0 geht und zeichnet ein erschreckendes Bild der Planungen für den Krieg in unserer Zeit. Weitere der folgenden Texte stammen von Ulrich Sander, Journalist und Ostermarschierer der ersten Stunde.

Bernhard Trautvetter berichtet:

Der regionale CDU-Vorsitzende, Herr Bergmann, wirft den Friedensdemonstranten von Kalkar 2012 vor, dass sie keine Ahnung hätten, wenn sie behaupten, die Nato plane von deutschem Boden aus Krieg.

Ich habe während der Demonstration mit zwei Soldaten am Kasernenzaun gesprochen. Ich berichtete ihnen, dass dieser Tage, Oktober 2012, im Joint Airpower Competence Centre Kalkar eine Konferenz zum Thema 'Kriegsführung (=Warfare) im 21. Jahrhundert' stattfindet. Einer der beiden antwortete, 'Warfare' heiße Kriegshandwerk und sei von mir falsch übersetzt. Zum einen stimmt diese Antwort nicht und zum anderen merkte der Soldat sofort, dass seine Antwort unsere Kritik nicht entkräftet. Selbst wenn er Recht hätte: Wer dieses Handwerk ausübt, will die Führung, um siegen zu können. Da gebe er mir Recht.

Dieses Thema ist im Staat des Grundgesetzes mit der reinen Verteidigungs-BundesWEHR nicht wirklich mit der Verfassung in Einklang zu bringen. Übrigens spricht die Nato selber auf der Website zu dieser Konferenz von Kriegsführung.

Es zeigte sich, dass wir Friedensdemonstranten mehr Ahnung zeigten, Herr Bergmann irrt also. Ich kritisierte auch, dass die Nato immer wieder das Völkerrecht bricht, zuletzt in Libyen, wo sie den Auftrag 'Schutz der Zivilbevölkerung' überreizt und somit gebrochen hat, indem sie den Regierungswechsel herbeibombte. Die dafür wichtige Luftraum-Logistik lief vermutlich auch mit Hilfe der Einrichtungen der Nato im Raum Kalkar. Das gleiche Problem stellt Afghanistan/Irak.

Dort gibt es das UNO-gestützte ISAF-Mandat Afghanistan, das die Nato mit dem nicht UNO-gestützten Mandat des sogenannten Anti-Terror-Krieges mischt. Wer aber mit dem ‚Recht des Stärke-

ren' Politik betreibt, der destabilisiert die Architektur der Sicherheit für die Völker im Rahmen der UNO. Das gefährdet unser aller Zukunft. Die Soldaten antworteten, Probleme gäbe es überall.

Zu meiner Reaktion, dass wir genau deshalb hier wären, erhielt ich abschließend fast wörtlich ausgesprochen in Blicken und Gesten Verständnis. Wir gaben den beiden dann noch je eine Blume und verabschiedeten uns würdevoll trotz aller Kritik am Arbeitgeber der beiden. Ich würde gerne auch mit Herrn Bergmann über Ahnung und Irrtümer diskutieren.

In Kalkar und weiteren Standorten baut die Nato weltweit wichtige Stützpunkte für das „Kriegshandwerk“ (Warfare) im 21. Jahrhundert aus. Sie integriert Weltraum-/Internet-/ und Luftwaffen-Strategien; zu letzteren gehören die Drohnen als Elemente zunehmender Entkoppelung von Kriegsführung und menschlicher Beteiligung daran: Die Automatisierung von Abläufen, bei denen der Mensch nur stört. Die Weggabelung, an der die Friedensbewegung auf ihren Gegner trifft, ist historisch nur vergleichbar mit den Entwicklungssprüngen, die Einstein einst zu diesem Zitat bewegte: „Die Atombombe hat alles verändert, nur nicht das menschliche Denken.“ Wie recht er hat, zeigt dieser Ausschnitt aus einem Spiegel-Interview mit Analysten ist Peter W. Singer, Leiter der Arbeitsgruppe ‚21st Century Defense Initiative‘ an der Brookings Institution in Washington:

Es ändert der Drohnenkrieg, wie die Politiker über den Krieg denken. Die Hemmschwellen des Krieges, die so schon niedrig waren, liegen nun ganz am Boden.

SPIEGEL ONLINE: Ist diese Entwicklung noch aufzuhalten? Singer: Nein. Das lässt sich mit anderen historischen Momenten vergleichen, von denen es kein Zurück mehr gab. Das Automobil um 1909/10, die Computertechnologie vor 1980, die Atombombe in den vierziger Jahren. Dies ist viel mehr als eine Evolution, es ist eine Revolution. So was passiert in der Geschichte sehr selten. Solche Entwicklungen zwingen uns, Fragen zu stellen, die wir uns zuvor nie gestellt haben.

SPIEGEL ONLINE: Welche Fragen? Singer: Zum Beispiel nach unserem Verhältnis als Öffentlichkeit zum Krieg. Auf einmal sind alle Kriegsoperationen per Computer dokumentiert. Das macht den Krieg zu einer Art Unterhaltungsform.“¹⁾

Manöver-Übungen zu dieser neuen Aggressivität auf einer immer neuen Stufe der Eskalationsspirale des Kriegshandwerks finden z.B. im Schriever-Game statt. Aus dem pdf-Werbeflyer zum ‚Game‘: Das Ineinandergreifen von Handlungsweisen beinhaltet die Maschine-zu-Maschine-Interaktion, Prozess-Standardisierung, Training und Qualifizierung. 2)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Gegner der Friedensbewegung, die Nato, sich längst zu einer neuen Gefährlichkeit aufgemacht hat, während wir noch auf die alte reagieren. Damit wird die Friedensbewegung kaum zu der Ausstrahlungskraft und dem Einfluss kommen, der im Interesse der Menschen notwendig ist.

Anmerkung 1 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/drohneneinsaetze-sie-nennen-es-kriegsporno-a-681007.html>
Übersetzung durch mich, Quelle: http://www.japcc.de/fileadmin/user_upload/Reports/Flyer/Flyer_5/2012-06-04_JAPCC_Flyer_Ed-5_web.pdf

Anmerkung 2 Ein Dokument, zu dem die Nato-Seiten verlinkt sind, besagt, dass die Erfolge im Irak für die neue Art der Kriegsführung sprechen http://milsatmagazine.com/cgi-bin/display_article.cgi?number=2040756065

Der Krieg beginnt hier – und hier muß er gestoppt werden - Über den großen Kampfdrohnengefechtsstand in Kalkar/Uedem



Auf dem Friedensratschlag in Kassel hielt Ulrich Sander, einer der Bundessprecher der VVN-BdA, im Forum „War starts here“. Kalkar – Zentrum für weltweite Luftoperationen von Nato und Bundeswehr“ folgendes Referat, das auch auf Informationen von Inge Holzinger (Duisburg) und Bernhard Trautvetter (Essen) beruht.

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Ich möchte auf einen Umstand aufmerksam machen, der oft übersehen wird. Wir sind in der Friedensbewegung überaltert heißt es. Wir haben zu wenig Jüngere; das stimmt, aber sind wir überaltert? Wir sind einzige

politische Bewegung, in der noch jene mit den Ton angeben, die noch eigene Erinnerungen mit dem Horror des Krieges verbinden. Ich bin 72 Jahre alt, und das älteste Erlebnis, an das ich mich erinnere, ist das des Herumirrens durch das brennende bombardierte Hamburg. Drei Jahre später hatte ich am 1. April 1947 den ersten Schultag in der Schule am Bullenhuser Damm. Ihr Gebäude war das einzige weit und breit in Rothenburgsort, das noch halbwegs unzerstört war, und es barg ein schreckliches Geheimnis: Hier wurden in den letzten Kriegstagen 20 jüdische Kinder von der SS ermordet, weil die zuvor an ihnen verübten Verbrechen der medizinischen Versuche nicht bekannt werden sollten. Krieg und Faschismus bleiben unauslöschlich in meiner Erinnerung. Und sie veranlaßt mich zum Handeln – damals wie heute.

Es ist sicher kein Zufall, daß es die alte Friedensfreundin und Ostermarschiererin Inge Holzinger (80) aus Duisburg war, die uns vor zwei Jahren ein „Geheimpapier“ über den geplanten Krieg der NATO von deutschem Boden aus vorlegte, das sie entdeckt hatte. „Whistleblower Inge“ hatte nicht geheime NSA-Dokumente aufgespürt wie Edward Snowden. Sie hatte nur die Regionalseite einer niederrheinischen Provinzzeitung gelesen. Und diese barg Zündstoff. Hätte ein Spion das Dokument veröffentlicht, dann hätte man es sicher auch in den großen Medien beachtet, wer aber liest die Provinzpresse? Inge tat es – doch über den Inhalt ihrer Entdeckung berichte ich später.

Zunächst noch eine weitere Vorbemerkung: Wenn von der einzigen Antikriegspartei im Bundestag, der Partei Die Linke, die Rede ist, dann heißt es, man erwarte von ihr, daß sie weiterhin „keine Auslandseinsätze“ unterstützen soll (so die Erklärung der Kommunistischen Plattform in der Linkspartei nach der Bundestagswahl). Das ist richtig. In der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD werden neue Auslandseinsätze angekündigt, aber auch die Stärkung der Einsätze der Reservisten im Inneren. Allgemein heißt es: „Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz.“ Das können auch Einsätze im Inneren und aus dem Innern der Bundesrepublik heraus sein. Deshalb müssen wir von den politischen Kräften verlangen, auch von der Linkspartei, sie sollen sich gegen sämtliche Einsätze der Bundeswehr positionieren, die über den klar definierten Auftrag des Grundgesetzes hinausgehen.

Im Koalitionsvertrag ist von einer „zunehmenden Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene“ die Rede, die mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein müssen. Zur Prüfung dieser Frage „Widerspruch zwischen Parlamentsvorbehalt und vorhandenen integrierten Strukturen“ soll eine Kommission eingesetzt werden. Einerseits ist es natürlich ohnehin ein Hohn von einem Parlamentsvorbehalt zu sprechen, wenn die Regierungsparteien fast 80 Prozent Mehrheit haben, und wir haben ja schon Kostproben bekommen, wie die Regierung mit einer winzigen Parlamentarischen Opposition umzugehen gedenkt. Andererseits ist es auch ein Hohn, eine Kommission schaffen zu wollen, die das „prüft“, was schon lange - verfassungswidrig – geregelt ist. Und davon handelt Inge Holzingers Geheimpapier.

Ich lese es mal vor:

Wenn die Nato Krieg spielt

11.11.2011 | 17:04 Uhr

Kalkar. Die Nato spielt Krieg – und am niederrheinischen Kalkar wird er auf dem Reißbrett mit geplant und gesteuert: Auch wenn beim Rundgang durch das Luftstreitkräfte-Hauptquartier in der von-Seydlitz-Kaserne alle tunlichst von „humanitären Einsätzen“ und „Stabilisierung der Regierung“ reden – als das Pressegespräch mit dem Kommandierenden angesetzt ist, hat es dann in der Computersimulation doch „geknallt“. Drei-Sterne-General Dieter Naskrent kommt mit einer halben Stunde Verspätung. Und ernster Miene. „Eine gestohlene und mit Sprengstoff beladene Cessna hatte Kurs auf die Hauptstadt genommen“, sagt er. Und kommt nach einigen Erklärungen über „Abdrängversuche“ und „Warnschüsse“ auf den Punkt. „Wir haben sie abgeschossen.“ Schweigen. Dann, auf eine Nachfrage: „Ja, letztlich habe ich den Befehl dazu gegeben.“

Kalkar ein Gewinner bei der Bundeswehrreform

In Kalkar geht morgen nach einer Woche die letzte Übung zu Ende, bevor es für den Standort ernst wird – und im Konfliktfall solche Entscheidungen deutlich über die kleinen Punkte auf den Computerbildschirmen hinaus Tragweite haben. Dann lägen Menschenleben in den Händen der Soldaten in der Kaserne, die als eine der wenigen mit einer voraussichtlichen Verstärkung von 400 Mann gestärkt aus der jüngsten Bundeswehrreform herausgegangen war. Das dortige Kommando Operative Führung Luftstreitkräfte übernimmt ab 1. Januar für ein Jahr die Kontrolle über die Lufteinheiten der Nato-„Response Force“. Zum ersten Mal überhaupt liegt diese Aufgabe damit bei der Bundesrepublik. (Anmerkung: Seit dem 1. Juli 2013 ist aus dieser vorübergehenden Aufgabe eine Daueraufgabe geworden.)

Welche Dimensionen die schnelle Eingreiftruppe hat, wird am Planspiel deutlich: Mit rund 400 echten Soldaten koordiniert General Naskrent von Kalkar aus 9000 virtuelle. Für den Standort gilt es dabei zu beweisen, dass die Kerntuppe von 60 Soldaten gemeinsam mit Hunderten weiteren aus ganz Deutschland und von sechs Natopartnern zusammengezogenen Männern und Frauen dieser Aufgabe gewachsen ist, erklärt Bundeswehrsprecher Oberstleutnant Alexander Feja. „Wir bekommen danach eine Art Qualitätssiegel.“

Reales Kommando über Eingreiftruppe in 2012

Dabei ist der Einsatz, den ein Nato-Team im norwegischen Stavanger entworfen hat und von dort aus auch überwacht und bewertet, „so nah dran an der Realität wie möglich“. Das bedeutet nicht nur, dass im Verlauf des virtuellen Einsatzes auch einmal ein Flugzeug kaputt geht oder Terroristen eine Cessna kapern. Ein Blick auf die Landkarte mit Fantasieländern wie „Tytan“, „Petraceros“, „Stellaria“ und „Kamon“ lässt den Betrachter stutzen. „Bitte das nicht fotografieren“, heißt es denn auch, als einer der Kollegen seine Kamera ansetzt.

Die Karte mit den Fantasiebezeichnungen zeigt den Golf von Aden. Eigentlich liegen hier Somalia, Äthiopien, Saudi Arabien, Jemen und nicht weit entfernt der Iran, Afghanistan und Pakistan. „Die Amerikaner, die das mit entworfen haben, haben wenig Bedenken, das Szenario dorthin zu verlegen...“, sagt jemand entschuldigend.

Nato-Truppen als Helfer

Die Ausgangslage ist dennoch eine mit betont friedlicher Rolle der Nato. „Die souveräne Regierung von Tytan hat uns um Hilfe gebeten“, erklärt Alexander Feja. „Das Nachbarland Petraceros ist ein gescheiterter Staat und wird von Warlords und Terroristen beherrscht. In Kamon gibt es aggressive religiöse Fundamentalisten. Die unterdrückte Bevölkerung flieht von dort über die Grenze. Und mit Stellaria streitet man sich um eine Inselgruppe mit Ölvorkommen.“ Die Nato agiere in all diesen Fällen „deeskalierend“, liefere Wasser, baue Flüchtlingslager, unterstütze Hilfsorganisationen.

Für General Naskrent ist das insgesamt eine Übung, die vor allem die „internationale Zusammenarbeit verbessert“ und „Fehler aufgezeigt“ habe. Auch die anderen Waffengattungen waren beteiligt, sprachen sich laufend mit der Luftwaffe in Kalkar ab. Das Heereshauptquartier lag im griechischen Thessaloniki, die Marine in Neapel (Italien), Spezialkräfte bekamen ihre Befehle aus Alicante (Spanien) und die Logistik übernahm Litauen. Das übergeordnete Kommando lag im belgischen Brunssum. Naskrent: „Wenn in dieser Übung etwas passiert, sieht man schnell die Schwachstellen. Nach vier oder fünf Tagen hatten wir die Kameraden so integriert, dass das als Team funktioniert.“

Autor: Julian Weimer

Soweit Inge Holzingers „Geheimpapier“, das ein sonst nicht beachteter Artikel aus der WAZ war. Weitere „Geheimpapiere“, aus denen ich hier heute zitiere, hat Bernhard Trautvetter, ein Lehrer und Friedensaktivist aus Essen, im Internet gefunden. Ihm sei wie Inge Dank. Die Papiere zeigen, dass in Kalkar die NATO und damit die US-Army das Sagen haben. Dass von hier aus der Krieg geplant und dann geführt wird. Daß die Länder, gegen die die USA mit Kampfdrohnen vorgehen, in Kalkar auf dem

Bildschirm sind, daß also der Drohnenkrieg von deutschem Boden aus, wie er von Ramstein aus geführt wird, auch von Kalkar ausgehen soll, wobei anders als in Ramstein am Niederrhein keine Flugobjekte, Marschflugkörper stationiert sind, sondern daß diese in Jagel (an der A 7 bei Schleswig gelegen) und auf anderen Flughäfen vorhanden sind oder vorhanden sein werden. Schließlich wird deutlich, daß in Kalkar und im benachbarten Uedem sich die Zentrale der Kriegsführung der Bundeswehr befinden wird, denn alle anderen Waffengattungen können ihr unterstellt werden.

Zum zweiten Mal gab es am 3. Oktober 2013 den „etwas anderen nationale Feiertag“. Auf dem Markt in Kalkar am Niederrhein und vor der von-Seydlitz-Kaserne am Stadtrand versammelten sich an diesem 3. Oktober wieder Protestierende. Hier ist - weithin unbeachtet - das weltweit agierende NATO-Luftkommando eingerichtet worden. Immer hat man uns die Wiedervereinigung als „Einheit in Frieden und Freiheit“ angekündigt. Was wir erhielten sind: Deutsche Kriege infolge des NATO-Regimes und weniger Freiheit infolge des wuchernden Überwachungsstaates. Ich sage nur NSA und enge Zusammenarbeit der deutschen Geheimdienste mit NSA, CIA und britischem Geheimdienst.

Um Krieg und Überwachung geht es hier am Niederrhein. War starts here, und hier muß er gestoppt werden, dachten sich die Ostermarschierer Ruhr und nahm Kalkar in ihr Aktionsprogramm auf. Denn hier im Luftstreitkräfte-Hauptquartier der NATO probt die Bundesluftwaffe den ganz großen Krieg. Sie probte einen Krieg, der von heute auf morgen, ohne Beteiligung von Parlament und Regierung durch die NATO ausgelöst und geführt werden kann. Das ist Krieg spielen „so nah dran an der Realität wie möglich“, berichtete die das Provinzblatt. Vom Krieg gegen ein Gebiet, das „ganz wie Nahost“ aussieht und von illegalen Abschüssen von Zivilflugzeugen, die angeblich mit Sprengstoff beladen waren, war ganz offen die Rede.

Schon vor zehn Jahren war Merkel auf dem Kriegspfad



Angela Merkel drückte es ein Jahr vor Beginn ihrer ersten Kanzlerschaft auf der Münchener Nato-Sicherheitskonferenz ebenfalls ganz brutal und offen aus: „Um die Politik anderer Nationen zu beeinflussen, um den Interessen und Werten der eigenen Nation zu dienen, müssen alle Mittel in Betracht gezogen werden, von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.“ Solche Marschflugkörper und noch andere Waffen – wie Raketen, Bomber, Kampfdrohnen – werden künftig von Uedem und Kalkar aus gesteuert, damit sie ihre todbringende Wirkung entfalten. Das Projekt in Kalkar ist in den Medien kaum beachtet worden. (Allerdings berichtete Ossietzky schon in Nr. 7/2012) Unbeachtet blieb auch, wie die rot-grüne Landesregierung und das NRW-Landesparlament an diesem Kriegsprojekt und anderen mitwirken. Es gab alarmierende Entwicklungen: Der Griff des Militarismus nach NRW wird enger. Er zeigt sich in der Aufstockung der Truppe in Kalkar und Uedem, um die die Landesregierung

gewissermaßen gebeten hat. Er zeigt sich in dem Kooperationsvertrag mit der Truppe zur Durchdringung der Propaganda für Krieg und in der Werbung für die Bundeswehr an Bildungseinrichtungen. Er zeigt sich im Aufbau der Heimatschutzkompanien zum bewaffneten Einsatz der Bundeswehr auch im Innern. Der Rüstungsexport selbst in Spannungsgebiete wird immer weiter ausgebaut, auch von Nordrhein-Westfalen aus. Für Rheinmetall sind Aufträge zur Entwicklung deutscher Kampfdrohnen geplant. Grund- und Menschenrechte werden zugunsten eines vom Bundesinnenminister neu deklarierten Supergrundrechts Nr. 1 „auf Sicherheit“ in Frage gestellt werden. Herr Pofalla, der im Raum Kleve/Kalkar seinen Bundestagswahlkreis hat und oberster Geheimdienstkoordinator ist, hält das flächendeckende Ausspähen und das Bespitzeln aller Bürger durch in- und ausländische Geheimdienste für völlig in Ordnung. Er und Minister de Maiziere sorgen mit Billigung der Landesregierung dafür, daß auch NRW zum Ausgangspunkt unter anderem von Drohnenattacken und anderen Militäreinsätzen im In- und Ausland werden kann.

Kriegsvorbereitung in NRW

Artikel 7 der Landesverfassung und § 2 des NRW-Schulgesetzes verlangen die Erziehung „zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung“. Entgegen ihren Wahlversprechen haben SPD und Grüne in NRW den Artikel 7 nicht eingehalten und statt dessen die Kooperationsvereinbarung der vorherigen Landesregierung mit der Bundeswehr beibehalten. Die Bundeswehr darf weiter militaristisch in die Schulen hineinregieren. Auch Hannelore Kraft will auf keinen Soldaten verzichten. Die jetzige rot-grüne Landesregierung setzt die Politik der Militarisierung fort. Sie richtet Briefe an den Bundesverteidigungsminister, um die Truppenstärke in NRW zu erhalten. Und diese wurde sogar aufgestockt. So in Kalkar, wo 400 Uniformträger im Rahmen der Bundeswehrreform zusätzlich eingesetzt werden. (2016 sollen es 1600 sein, heute 1000)



Das Streitkräfteunterstützungskommando Köln und das Bundesverteidigungsministerium in Bonn organisieren die Einsätze Deutschlands auf den Kriegsschauplätzen der Welt und die Zivil-Militärische Zusammenarbeit zu Militäreinsätzen im In- und Ausland, auch in NRW.

Seit dem 1. Juli 2013 steht nun in Kalkar/Uedem ein riesiges, die bisherigen Funktionen zusammenfassendes Zentrum Luftoperationen bereit, um Luftoperationen, ja den Krieg weltweit zu führen, auch Kampfdrohnen einzusetzen. Die beiden vordringlichen Aufgaben eines Ministers Ronald Pofalla – hier das Zentrum für Luftkommandos der NATO und der Bundeswehr mit aufzubauen und per NSA, BND und VS für die umfassende Bespitzelung der Bürger zu sorgen – können eines Tages zusammengefaßt werden: Denn die NSA-Spitzelergebnisse dienen den USA in Somalia, Pakistan, Jemen und Afghanistan bereits zur Zielbestimmung für tödliche Drohneinsätze. Sollten künftig in Deutschland

sogenannte Terrornester entdeckt werden, dann können diese bald zu Zielen der von Kalkar aus gelenkten Drohnen werden. Das ist Mord auf Distanz per Knopfdruck.

Nahezu 1.000 Soldaten können im Auftrag der NATO in kurzer Zeit von Kalkar und dem benachbarten Uedem aus den Krieg auslösen oder in ihn von fern eingreifen. Es wäre ein Krieg von deutschem Boden aus, ein Krieg, der auch unser Land Nordrhein-Westfalen zum Kriegsschauplatz macht. Es ist daran zu erinnern: "Raketen sind Magneten". Wenn kürzlich in der örtlichen Presse zu lesen war, daß die neuen Luftwaffensoldaten hier Wohnungen und Kindertagesstätten suchen, dann sollten die Vermieter in Kalkar wissen: Die Arbeitsplätze bei der Bundeswehr mögen künftig unter dicken Betonplatten geschützt sein, die Häuser am Niederrhein sind es nicht. Es wird ja nicht nur die Gefahr da sein, die von hier für andere ausgeht, es werden auch die Niederrheiner gefährdet sein, denn die andere Seite wird ja nicht untätig zusehen. Das ist auch hinsichtlich der Pläne zu sagen, daß hier ein Teil des sogenannten Raketenabwehrschirmes der NATO stehen wird. Rußland hat sich schon eindeutig dazu geäußert. Die täglich in den Medien erfahrbare Konfrontation des Westens, auch Deutschlands, gegen Rußland muß uns sehr besorgt machen. Ich fühle mich an die Ostwestkonfrontation aus den 50er bis 90er Jahren erinnert.

Aus den spärlichen weiteren Infos aus Kalkar wissen wir: Die dortige Verschmelzung der NATO- und Bundeswehrluftwaffenkontingente zum Führungszentrum für Luftkriegsoperationen ist äußerst raumgreifend. Kühn spricht man auch vom Weltraumlagezentrum! Zumindest aber eins, das zuständig ist für alles, was nördlich der Alpen liegt – während Ramstein für das Gebiet südlich der Alpen zuständig bleibt. Jeder Punkt Eurasiens nördlich der Alpen könnte dann mit von dort aus gesteuerten Bomben, Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen erreichbar sein.

Die Weltkriege mahnen: Nie wieder!



Vor hundert Jahren eröffneten Österreich und Deutschland die ersten Kampfhandlungen des ersten Weltkrieges, und vor 75 Jahren überfiel Hitlerdeutschland Polen und damit wurde der zweite Weltkrieg ausgelöst. Diese Jahrestage begehen wir in einigen Monaten im neuen Jahr 2014.

Der deutsche Militarismus hat der Welt die beiden Weltkriege gebracht. Der verfassungsgebende parlamentarische Rat zog daraus 1949 die Schlussfolgerung mit einem Grundgesetz ohne Armee. Er schrieb in § 26 GG vor, dass Handlungen, die „das friedliche Zusammenleben der Völker ...stören“, unter Strafe zu stellen sind. Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist verboten. Das und weitere Basiselemente der Politikarchitektur werden von den Herrschenden schleichend untergraben, bis hin zur Errichtung einer Infrastruktur für das Führen und Gewinnen von Krieg. Aber bleiben wir erst einmal bei

juristischen Elementen als Rahmen für die Kritik: Auch das Völkerrecht verbietet nach Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta jede Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zwischen Staaten und damit nicht nur die Vorbereitung von Angriffskriegen. Und Artikel 25 bindet das Grundgesetz an die „allgemeinen Regeln des Völkerrechts“. Das Kriegsdienstverweigerungsrecht, das in den 50er-Jahren mit der Bundeswehr ins Grundgesetz eingefügt wurde, bezieht sich dort auf den sogenannten ‚Verteidigungsdienst‘. Die Aussetzung der Verteidigungsdienst-Pflicht erfolgt mit der „Neu-Ausrichtung der Bundeswehr“, die von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb.

Es bleibt nicht dabei, dass Bundesregierung und Nato das Wort Friedenspolitik immer häufiger mit dem Begriff „Sicherheitspolitik“ verknüpfen oder direkt durch ihn ersetzen. Das ist schleichende Militarisierung des Sprachgebrauchs, denn der Frieden wird aus dem Fokus genommen.

Im Grundsatzpapier des Verteidigungsministeriums „Die Neuausrichtung der Bundeswehr“, das auf der Website des Ministeriums zu finden ist, heißt es: „Organisatorisches Grundprinzip ist die Zusammenführung von Kompetenz und Verantwortung in einer Hand. ... Alle diese Veränderungen erfolgen während der laufenden Auslandseinsätze.“

Das sogenannte „Eckpunktepapier“ der Bundeswehr zum Thema wird konkret:

„Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft ... von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. Verknappungen von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen“ Horst Köhler trat nach ähnlichen Äußerungen zurück, da solch unbedachte Ehrlichkeit in der Öffentlichkeit Ablehnung erntete. Aber seine Worte waren nur das quasi Auswendig-Wiedergeben von Nato-/Bundeswehr-Texten. Dieser Jargon gibt die Richtung an, in welche die für die Landesverteidigung implementierte Armee konkret umorganisiert wird. Und damit sind wir wieder beim Thema Kalkar.

Luftwaffe - die entscheidende Waffengattung

Vom 9. bis zum 11. Oktober 2012 fand dort am Nordwestrand des Bündnisgebietes die NATO-Konferenz „Kriegsführung im 21. Jahrhundert“ statt. Es ging dabei im Untertitel um die Frage, ob Luftkräfte dabei einen Aufstieg oder einen Niedergang in ihrer Wichtigkeit erleben. Es ist von einem Aufstieg auszugehen.

Laut Website des Joint Air Power Competence Centre http://www.japcc.de/combat_air.html, war Ziel der Konferenz, Luft- und Raumfahrt auf Herausforderungen 21. Jahrhunderts abzustimmen. Dazu bedürfe es der Integration von Luft-, Raumfahrt und Cyber-War-Strategien über das Internet mit elektronischer Kriegsführung.

Die genannte Website berichtet auch über „Combat Air“, das heißt Luftschlacht. Dieser Militärzweig in Kalkar ist verantwortlich für die Koordination und Entwicklung von „Strategien, ...elektronische Kriegsführung, Bekämpfung feindlicher Verteidigung, Luftsee-Operationen, Steuerung von Präzisionsmunition, die mit abgereichertem Uran die Härte erlangt, präzise Panzer und Bunker zu durchdringen“ - und Kalkar ist für bemannte und unbemannte Luftschlacht-Vehicle, also auch für die Steuerung von Drohnen, zuständig. Herr de Maiziére will diese Instrumente für rechtswidrige Exekutionen „weicher Ziele“ (Menschen) auch in bewaffneter Form für die Bundeswehr.

Die Mischung von Zivil und Militär ist ein Nato-Konzept, das sich auch im Koalitionsvertrag von Union und SPD wiederfindet. Die Integration, diese Mischung von Zivil und Militär sei ein grüner Erfolg, heißt es auch bei den Grünen. Vor allem ist die NATO einbezogen. Der oberste deutsche General in Kalkar und Uedem leitet gleichzeitig auch zwei NATO-Dienststellen, so den Führungsgefechtsstand Combined Air Operation Center. Als Bundeswehrgeneral ist er gleichzeitig sein eigener Nato-Befehlshaber und als solcher wiederum direkt den US-Amerikanern in Ramstein unterstellt. (siehe WAZ 4.8.2009, Äußerung von Generalleutnant Friedrich Wilhelm Ploeger).

Zusätzlich geht es in Kalkar auch um die Einbeziehung von Industrie und Wissenschaft, von Luftaufsicht, Innenministerien – das heißt, hier werden alle Dienststellen zusammengeholt, um den Krieg möglich zu machen. Und zwar auch den im Innern! Man beachte nur, was in Kalkar/Uedem, genauer Luftverteidigungsstellung Uedem-Paulsberg, an Behörden beteiligt sind: Vertreter des Bundesinnenministeriums (BMI), des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Denn dort arbeiten nicht nur Soldaten der Luftwaffe, sondern auch Beamte der Bundespolizei, Mitarbeiter der Deutschen Flugsicherung sowie des BBK. Stolz berichten Luftwaffensprecher: „In Zeiten, in denen anderswo der Begriff Vernetzte Sicherheit gerne genutzt wird, wird er in Uedem bereits seit vielen Jahren mit Leben gefüllt.“

(lt. Lokalkompass Kleve 21.10.2013) Diese Fülle an innerstaatlichen Behörden unter dem Dach der Bundeswehr wird geduldet, ohne daß sich der Bundestag bisher zu der verfassungswidrigen Mischung von Bundeswehr und Polizei geäußert hat. Nebenbei:

Da wir nun den Einsatz von Drohnen zu allen möglichen Zwecken, insbesondere zur Überwachung durch die Polizei, aber auch zur Postzustellung o.ä., erleben, möchte ich an den Finalen Rettungsschuß erinnern. Als finaler Rettungsschuß wird in Deutschland seit 1973 der gezielte tödliche Einsatz von Schußwaffen im Dienst von Polizisten – und künftig dann auch mittels Drohnen durch die Bundeswehr - bezeichnet, „um im Sinne der Nothilfe Gefahr von Dritten genau dann abzuwenden, wenn keine anderen Mittel zur Abwendung verfügbar sind. Ein Einsatzgebiet sind etwa Geiselnahmen, bei denen Verhandlungen und der Einsatz von nichttödlichen Waffen keine realistischen Aussichten auf Erfolg bieten,“ so die behördliche Definition. In Deutschland haben den finalen Rettungsschuß 13 der 16 Länder in ihre Polizeigesetze aufgenommen, die demnach das Grundrecht auf Leben (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz) „einschränken“. Man muß wohl auslöschend sagen. Per Amtshilfe haben Polizeibehörden bisher schon Bundeswehrtechnik angefordert, um Demonstranten zu überwachen. Wenn dann von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wird, kann diese auch eine Waffe der Bundeswehr sein, so muß geschlußfolgert werden.

Drohnen – die „richtige“ Bewaffnung für den inneren Notstand.

Und was geschieht, wenn die Polizei eines Bundeslandes angeblich nicht mehr in der Lage ist, ihren Sicherheitsaufgaben gerecht zu werden? Dann greifen die Notstandsgesetze aus dem Jahre 1968. Sie wurden von der ersten Großen Koalition eingeführt, inzwischen haben wir die dritte. Und diese hat eine 80prozentige Mehrheit im Bundestag! Sie kann die Notstandsgesetze nicht nur anwenden, sondern auch erweitern, sie hat eine diktatorische Zwei-Drittel-Mehrheit. Dann kann der Drohnenkrieg gegen Streikende, Demonstrierende, Empörte, Aufmüpfige im Innern geführt werden.

Die Ostermarsch-Bewegung demonstrierte am 3.10.2012 und am 3. 10. 2013 in Kalkar unter der Losung: „Der Krieg beginnt hier - und hier muss er gestoppt werden.“. Sie begann den friedlichen Widerstand gegen diese Militarisierung. Am 24.4.12 sagte Gen.Ltn. Schelzig, auch in Kalkar sei „das Thema Auslandseinsatz allgegenwärtig“, so als sei die Bundeswehr schon Interventionsarmee der NATO.

Wie einst gegen die AKW, so auch heute: Kalkar ersatzlos abrüsten

Das Ostermarsch-Komitee Rhein-Ruhr schrieb einen von Willi Hoffmeister unterzeichneten offenen Brief an NRW-Ministerpräsidentin Kraft. Zitat: Bald solle alles in Kalkar ‚perfekt‘ sein: Wir bitten Sie ..., Ihre Zustimmung ... zurückzuziehen. Wir appellieren an ... alle Ihre Regierungsmitglieder: Von NRW darf kein Krieg ausgehen!“

Das Kriegsplanungszentrum in Kalkar muss ersatzlos geschlossen werden, denn die Bundeswehr darf nur Angriffsabwehr sein, die Nutzung bewaffneter Drohnen darf nicht kommen. Krieg darf nicht von hier ausgehen.

Einige Schlußfolgerungen

Ossietzky und Snowden als Vorbilder

1. Vor 85 Jahren hat Carl von Ossietzky in seiner „Weltbühne“ eine wahrheitsgemäße Artikelserie „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ veröffentlicht, die von illegalen Bewaffnungen und Rüstungen einer damals illegalen Luftwaffe handelte. Wegen Verrats von Staatsgeheimnissen wurde er dafür verurteilt und mußte die Strafe nach Machtantritt der Nazis absitzen. Er hat furchtbar gelitten und starb an den Folgen der Haft. Er hatte die Wahrheit veröffentlicht, um vor dem Krieg zu warnen. Auch wir sprechen hier heute über „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“. Die CDU des Herrn Pofalla hat im Kreis Kleve, wo wir gegen die Luftwaffe und die Nato protestierten, bedauernd erklärt, leider könne man gegen unsere unwahren Behauptungen nicht vorgehen. Gern würden sie uns strafrechtlich verfolgen, so wie die Nazis Carl von Ossietzky verfolgten und die USA den mutigen Edward Snowden verfolgt. Nur, wenn wir von unseren Rechten Gebrauch machen, kann man sie uns nicht so einfach wegnehmen. Deshalb muß der Protest mächtiger werden, deshalb müssen wir endlich das Schweigen der Medien überwinden. Die Wahrheit über Kalkar und Uedem und Ramstein muß ans Licht. Der Krieg beginnt dort und dort muß er gestoppt werden.



Kriegspläne an die große Glocke hängen

2. Die Nachfolgezeitschrift der „Weltbühne“, die „Ossietzky“, war die erste und fast einzige, die unsere Enthüllungen veröffentlichte. In Nr. 7/2012 erinnerte sie daran: „Hunderttausendfacher Protest hat einst in Kalkar am Niederrhein dafür gesorgt, daß dort kein Atomkraftwerk entstand. Die Bauten für den Schnellen Brüter bieten jetzt einem »Wunderland«-Freizeitpark Platz. Doch es gibt Grund, wieder in großer Zahl dort zu protestieren. Bundeswehrführung und NATO haben in Kalkar – ohne viel Aufsehen zu erregen – das Hauptquartier für Luftkriegsoperationen aufgebaut.“ Die Ostermarschierer vom Rhein und von der Ruhr brachten es in ihrem Aufruf für die Aktionen 2012 auf den Punkt: „Durch das ungehemmte Vorgehen der NATO werden das Völkerrecht und die weltweite Friedensordnung verletzt. Die Gefahr von Kriegen steigt, die Welt wird unsicherer. NATO-Kriegseinsätze werden auch von Nordrhein-Westfalen aus gesteuert, so durch das der NATO unterstellte Luftwaffenführungshauptquartier in Kalkar.“ Es gilt an den Protest von Kalkar gegen den Schnellen Brüter anzuknüpfen. Die Kernkraftgegner waren nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrages die ersten, die dagegen auf die Straße gingen. Sie hatten die alarmierenden friedensfeindlichen Aussagen des Papiers wohl nicht im Blick, aber jene zur Energiepolitik. Hoffen wir, daß bald auch die Friedensleute gegen den Militarismus und die Kriegsbereitschaft, die aus dem Koalitionsvertrag sprechen, massenhaft auf die Straße gehen.

Keine guten Aussichten – wenn wir uns nicht kümmern

3. Regierungs- und Parlamentsgemeinschaften von Union und SPD haben in diesem Land nie etwas Gutes ergeben. Ergeben haben sich aber die Notstandsgesetze 1968, der Beschluß vom Herbst 1998 zum Kriegseintritt gegen Jugoslawien, der Einsatz in Afghanistan und andere Auslandseinsätze, die Durchführung von Hartz 4 und Agenda 2010, die Bankenrettung anstelle der Rettung des Sozialstaates. Künftig sollen die Regierungsfractionen im Verhältnis zur Opposition die erdrückende, zu Verfassungsänderungen berechtigende Mehrheit von 80 zu 20 Prozent haben. Dass im Regierungsabkommen permanente Kriegseinsätze verabredet wurden, wird gegenwärtig nicht diskutiert. Dass die NATO und die USA in „Sicherheitsfragen“ in unserem Land allgegenwärtig und dominant sind – so soll so bleiben. Der „Geheime Krieg“, über den uns die Süddeutsche Zeitung und der Norddeutsche Rundfunk informierten, wird ungeachtet der Enthüllungen fortgesetzt. Hätte es diesen Krieg bereits vor dem 9. September 2001 gegeben und wären den US-Geheimdiensten die Machenschaften des angeblichen Anführers der terroristischen Gotteskrieger um Mohammed Atta auf der Hamburger Elbinsel Harburg-Wilhelmsburg aufgefallen, was wäre vom Haus Marienstraße 54 in Hamburg-Harburg übrig geblieben? Wir haben uns auf große Gefahren, manche nennen es Herausforderungen, einzustellen.

Die Große Koalition und das Nato-Bündnis sind furchterregend. Da hilft nur ein Aufschwung der Friedensbewegung, der gesamten Außerparlamentarischen Opposition. Die Friedensbewegung sollte in diesem Zusammenhang auch ihre Ziele klarer definieren – sie darf nicht nur eine außenpolitische sein, sie hat auch eine innenpolitische und eine demokratiepolitische Aufgabe. Es hatte sehr viel Berechtigung, daß sich die Ostermarschbewegung in ihrer erfolgreichsten Phase für lange Zeit „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ nannte.

Kritik des Koalitionsvertrages zu den Vereinbarungen über Krieg und Frieden



Bernhard Trautvetter, seit über drei Jahrzehnten friedensbewegter Bürger Essens, schreibt: "Die Personalie der Besetzung des Verteidigungsministeriums mit Frau von der Leyen darf uns nicht von Inhalten ablenken." Deshalb unternimmt er eine gründliche kritische Analyse des Koalitionsvertrages.

Kritik des Koalitionsvertrages zu den Vereinbarungen über Krieg und Frieden:

Die von mir im Folgenden zitierten Stellen im Koalitionsvertrag sind teils aus Sicht des Überlebensinteresses der Menschheit und teils aus Sicht des Völkerrechts und seines Friedensgebots nicht hinnehmbar:

Im Koal.-Vertr. vereinbarten Union und SPD: „Wir bekennen uns zur NATO und zu ihrem neuen strategischen Konzept.“ (S. 168) und: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.“ (170)

Dazu ist anzumerken: Die Option der Atomwaffe - auch als Erstschlag - und die nukleare Teilhabe durch die Bundeswehr ist nach Art. VI Atomwaffensperrvertrag illegal: „Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Otfried Nassauer (Direktor des Berliner Informationszentrum Transatlantische Sicherheit) schrieb dazu: „Das neue »Strategische Konzept« wurde im November 2010 in Lissabon verabschiedet. Es hielt fest: ‚Die Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie. Umstände, unter denen der Einsatz von Kernwaffen in Betracht gezogen werden müßte, sind höchst unwahrscheinlich. Solange es Kernwaffen gibt, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben.‘ Die NATO werde auch künftig eine ‚möglichst umfassende Beteiligung der Bündnispartner an der kollektiven Verteidigungsplanung mit Bezug auf deren nukleare Anteile, an der Stationierung von nuklearen Kräften in Friedenszeiten und an Führungs-, Kontroll- und Konsultationsverfahren gewährleisten.‘“ (Die Nuklearwaffen der USA in Europa – Doch kein Ende in Sicht? Wissenschaft & Frieden 2012-3: Klimawandel und Sicherheit, S. 49–52)

Die Position der Nato zur nuklearen Option steht zudem im Widerspruch einstimmigen Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 1996: Es „ergibt sich, daß die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich/generell ('generally') gegen diejenigen Regeln des Völkerrechts verstoßen würden, die für bewaffnete Konflikte gelten, insbesondere gegen die Prinzipien und Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.“ (Nummer 105(2)E Abs. 1)

Weiter heißt es im Koal.-Vertr.: „Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern setzen wir konsequent die Beschlüsse von Chicago zur strategischen Neuausrichtung der Allianz um.“ (169)

Dazu gilt es, anzumerken, dass die NATO in Chicago 2012 an der nuklearen Option festhielt: “NATO is committed to maintaining an appropriate mix of nuclear, conventional and missile defence capabilities for deterrence and defence to fulfil its commitments as set out in the Strategic Concept.” Das umfasst die intolerablen Modernisierungsprogramme:

„Auch deutsche Standorte sollen neu ausgerüstet werden – ... Mit enormem finanziellem Aufwand erneuern die USA ihre Atomwaffen, auch in Deutschland. Die hierzulande gelagerten Waffen werden offenbar ab 2019 zu präzisen Lenkwaffen umgerüstet. Experten kritisieren das Vorhaben - sie sehen darin eine Gefahr.

Die USA erwägen einem Medienbericht zufolge die Stationierung neuartiger Atomwaffen in Deutschland. In einem Bericht der Nationalen Nuklearen Sicherheitsbehörde an den US-Kongress behalte sich die Behörde vor, Waffen mit neuen Fähigkeiten zu bauen, wenn die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Sprengköpfe erhöht werden könne. Das berichtet das Magazin 'Der Spiegel'. Dies dürfte dazu führen, dass die in der Bundesrepublik gelagerten freifallenden Atombomben des Typs B61 zu präzisen Lenkwaffen umgerüstet würden, heißt es weiter. Ab dem Jahr 2019 sollen die neuen B61-12-Bomben hergestellt werden.

Die USA modernisieren derzeit mit Milliardenaufwand ihre Atomwaffen. Die Bundesregierung hatte jedoch bislang stets mitgeteilt, bei der Modernisierung gehe es nicht darum, neue Waffen oder neue militärische Fähigkeiten zu schaffen. Dies entspreche den Vorgaben von US-Präsident Barack Obama. Dem 'Spiegel' zufolge plant die US-Regierung einen finanziellen Aufwand von 60 Milliarden Euro innerhalb der nächsten 25 Jahre für die Modernisierung. Forscher, die das Vorhaben kritisierten, sprechen von einer weitaus höheren Summe. In dem Bericht heißt es weiter, die Experten kritisierten vor allem die Modernisierung der B61-Fliegerbomben, wie sie auch in Deutschland stationiert sind.“ (<http://www.n-tv.de/politik/US-Regierung-will-Atomwaffen-modernisieren-article11657136.html>, 03.11.2013)

Aus Friedensinteresse sind auch die folgenden Stellen im Koalitionsvertrag nicht akzeptabel:



„Die Bundesregierung bekennt sich zu ihren bündnispolitischen Zusagen und wird ihren Beitrag zum Aufbau der NATO-Raketenabwehr leisten, die wir für den effektiven Schutz vor der Bedrohung durch Raketen in den Händen von Risikostaat benötigen.“ (169) Dazu gilt: Die Raketenabwehr wird mit dem Iran und Nordkorea begründet, sie sei nicht gegen Russland gerichtet. Das ist beweisbar nichts anderes als Rechtfertigungspropaganda: „US-Militärstrategie: Geheimstudien stellen Raketenabwehrschirm in Frage. In wenigen Jahren schon soll ein Raketenabwehrschirm Europa und Amerika gegen Angriffe aus Iran und Nordkorea absichern. Nun schüren vertrauliche Studien des US-Militärs Zweifel an dem Projekt. Demnach ist fraglich, ob der Schutz vor iranischem Beschuss überhaupt funktioniert.“ (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/geheimstudien-stellen-geplanten-us-raketenabwehrschirm-in-frage-a-882371.html>)

Weder der Iran noch Nordkorea rechtfertigen eine solche Milliardeninvestition am Ostrand des Nato-Bündnisses in Europa. Russland sieht insofern plausiblerweise darin einen Schritt gegen sich, wodurch die Spannungen allen Beschwichtigungen zum Trotz steigen.

Wenn die Begründung für diese Milliardeninvestition wieder einmal erlogen ist, dann stellt sich die Frage nach den wahren Motiven. Wer Angriffe mit einem Abwehrschirm abzuwehren vermag, kann sich eher als Sheriff aufspielen und mit geringerer Gefahr Angriffe lancieren.

Weiter heißt es im Koal.-Vertr.: „Alle im nichtstaatlichen Bereich in Deutschland gehandelten und geführten sowie für den Export vorgesehenen und vom VN-Kleinwaffenaktionsprogramm erfassten Klein- und Leichtwaffen sollten in Zukunft mit einer möglichst unauslöschlichen Markierung versehen werden, um deren Nachverfolgbarkeit zu ermöglichen.“ (170)

Dazu: Es geht hier also nicht um die Beendigung des Geschäftes mit dem Tod; die Kleinwaffen sind aber die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit, da ihnen weltweit die meisten Menschen zum Opfer fallen. Eine Tücke der Realität ist, das Volker Kauder für die Kleinwaffenproduzenten Heckler und Koch Lobby-Arbeit betreibt. (<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Volker-Kauder.363.0.html>) Und als weitere Anmerkung zitiere ich hier ‚Brot für die Welt‘: „Kampagne gegen Waffenexport ausgezeichnet In seiner Laudatio würdigte Thomas Gebauer von medico international, dass die vor knapp zwei Jahren gestartete Kampagne von mehr als 100 Gruppen unterstützt werde. Dazu zählen auch die kirchlichen Werke Brot für die Welt und Misereor. Gebauer sagte, dass laut Umfragen 80 Prozent der deutschen

Bevölkerung den Waffenexport ablehne. Mit der Kampagne bestehe die Chance, eine Gegenmacht aufzubauen.

„Der Rüstungsgegner und Sprecher der kritischen Daimler-Aktionäre kritisierte als einer der Sprecher die Praxis der Waffenexporte als ‚schlimm, verbrecherisch und heuchlerisch‘. Als drittgrößter Waffenexporteur weltweit würden sich die verantwortlichen Politiker und die waffenproduzierenden Unternehmen „mitschuldig an Massenmord“ machen, sagte Grässlin.“ (Niko Wald am 23.11.2012 unter: <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/kampagne-waffenexport-ausgezeichnet>)

An diesen Punkt wird die Friedensbewegung die Bundesregierung sicher wiederholt erinnern:

Der Koal.-Vertr. besagt: „Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.“ (172)

Dazu gilt: Die Siedlungspolitik Israels im annektierten Gebiet schafft Fakten, die dem entgegenstehen. Es ist kein Antisemitismus, wenn Friedensfreundinnen und -freunde weltweit, auch in Israel, kritisieren, dass die 2-Staaten-Lösung durch das Entgegenkommen der Regierung Israels gegenüber den Siedlern diese Perspektive untergräbt.

Weiter heißt es im Koal.-Vertr.: „Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Mit ihrer Neuausrichtung wird sie auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Wir werden diese Neuausrichtung konsequent fortsetzen und zum Erfolg führen.“ (176)

Dazu gilt: Die anfängliche und Grundgesetz-basierte Ausrichtung der Bundeswehr erfolgte offiziell auf Basis von Artikel 87 a des GG als reiner Verteidigungsauftrag:

„(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. ... (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Jetzt liest man aus dem Verteidigungsministerium: „Sicherheitspolitik u.a. mit folgender Ausrichtung: „Risiken und Bedrohungen erwachsen aber auch aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen.“ (Bundesmin. der Verteid., ‚Die Neuausrichtung der Bundeswehr‘, 2. Aufl. 03/2013)

Die Position des Koal.Vertr. zur Bundeswehr und Schule grenzt an die Verletzung der Kinderrechte und des Schutzes Minderjähriger vor Überwältigung: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.“ (177)

Dazu: Die Bundeswehr wirbt in Anzeigen mit Bücher-studierenden Soldaten in der Ausbildung sowie mit Müttern, die über das Bundeswehrstudium froh sind und blendet auf diesen großformatigen Anzeigen in einflussreichen Printmedien die Kriegsrealität aus. Wenn derartiges in Schule erfolgt, widerspricht es dem Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses. Das wird angesichts der Abenteuer-camps der Bundeswehr noch offensichtlicher: Zusätzlich besagt der Koal.-Vertr.: „Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte werden für ihre Aufgaben im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit angemessen ausgestattet.“ (177)

Dazu ist anzumerken: Sie kennen vermutlich die Anfrage der Linkspartei an die Bundesregierung zu den Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräften „Inwiefern ist ausgeschlossen, dass beispielsweise Streiks im Transport-, Energie- oder Sanitätssektor oder bei der Müllabfuhr als Begründungen für ein Tätigwerden der ZMZ-Strukturen herangezogen werden können? Antwort der Bundesregierung: Die Prüfung der Voraussetzungen für eine Unterstützung der Bundeswehr im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben ist dem jeweiligen konkreten Einzelfall vorbehalten.“ (Bundestagsdrucksache 16/13979) In anderen Worten, ein Einsatz der Bundeswehr gegen Streikende wird möglich!

Im Koal.-Vertr. steht außerdem: „Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus. Wir setzen uns, so weit es sinnvoll und möglich ist, für eine gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten im Rahmen der EU (pooling and sharing) ebenso ein wie für eine stärkere Aufgabenteilung. Das gilt auch für die entsprechenden Aktivitäten der NATO (smart defence).“ (177) Und weiter lesen wir im Koal.-Vertr.: „Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern wollen wir zu schwach ausgebildete Fähigkeiten stärken und die Durchhaltefähigkeit erhöhen.“ (ebd.)

Dazu gilt: Das widerspricht erneut dem reinen Verteidigungsauftrag u.a. des § 87 GG (s.o.), denn es geht bei der Entscheidung über Kampfeinsätze und Krieg weit über den Verteidigungsfall hinaus. Und weiter im Koal.-Vertr.: „Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie auf dem Weg fortschreitender Bündnisintegration und trotz Auffächerung von Aufgaben die Parlamentsrechte gesichert werden können.“ (ebd.)

Dazu: Hier wird der reine Verteidigungsauftrag der Bundeswehr in schön verpackten Worten als legal dargestellt, obwohl eine solche „Mitwirkung“ Krieg wäre und teilweise auch schon war und ist. Im Nato-Kontext sind weitere Kriegs-/Kampfeinsätze zu befürchten, die am Parlament vorbei in Nato-Gremien beschlossen werden. Im Koal.-Vertr. wird sogar das Lobby-Interesse der Rüstungsindustrie bedient: „Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungs-Industrie. Wir setzen uns für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten, insbesondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ein. Wir setzen auf eine verstärkte europäische und euroatlantische Rüstungs-Kooperation, die konkrete gemeinsame Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben nach den gleichen Standards für alle Nationen umsetzt.“ (178)

Zum Waffenexport ist schon einiges weiter oben ausgeführt und kritisiert. Hinzu kommt, daß man Tötungsinstrumente nicht mit Wachstums- und Arbeitsplatzargumenten zu rechtfertigen sind. Das Arbeitsplatzargument ist zudem eine Propaganda-Nebelkerze:

Aufgrund des hohen technologischen Standes der Produktivität in der Rüstungsbranche bringt hier eine Milliarden-Investition weit weniger Arbeitsplätze als irgendwo sonst in der Ökonomie unserer Gesellschaft.

Ganz aktuell ist die Planung des Koal.-Vertr.: „Vom Frühjahr 2014 an wird eine einheitliche militärische Luftfahrtbehörde aufgebaut. Unbemannte Luftfahrzeuge spielen bereits heute beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan bei der Aufklärung und dem Schutz unserer Soldaten eine wichtige Rolle. Auch künftig wird die Bundeswehr auf derartige Fähigkeiten angewiesen sein. Die Koalition wird eine europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge voranbringen. Europa braucht schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und Teilnahme am europäischen Luftverkehr.“ (178)

Dazu: Dieser Dammbbruch schafft Fakten in Sachen Drohnen und Automatisierung bzw. Fernsteuerung des Krieges mit allen impliziten Gefahren des Kontrollverlustes lebens-bedrohlicher Weltlagen, wenn Programme und Technik über Leben und Tod entscheiden.

Zwar erklärt der Koal.-Vertr.: „Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab. Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrolle-Regime eintreten und sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen. Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme werden wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen.“ (178)

Dazu: Wer über eine Beschaffung neuer Waffen(systeme) entscheiden soll, kann sich die hier dargelegten Argumente zu eigen machen und der Klarheit folgen, dass Kriege nie im Frieden enden, höchstens im Waffenstillstand. Und nach allen Erfahrungen mit dem Überreizen und Brechen von Rechtfertigungen und juristischen Grenzen durch die Nato ist klar, hier haben die Militärexperten Kreide gegessen, sie wollen uns weiß machen, man fände ethische Berechtigungen für das Spiel mit dem Feuer. Die Friedensbewegung bleibt so wichtig wie schon seit Heinemanns Zeiten in den 1950er Jahren. Jetzt an der Schwelle zur Digitalisierung der Kriegsführung trifft das auf neue Weise zu. Wir werden Ihre Arbeit im Dienste des Wohlergehens der Bevölkerung aufmerksam begleiten, sehr geehrte Frau von der Leyen.(Bernhard Trautvetter im Dezember 2013)

KriegsGefahr wächst unmerklich schnell

(Eine weitere Arbeit von B. Trautvetter)

Unbemannte Systeme übernehmen wie in der Entwicklung der Produktivkräfte in der Wirtschaft mehr und mehr eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Destruktivkräfte in der Kriegsführungs-Planung. Das ist intolerabel gefährlich, nicht nur wegen der auch bei Drohnen vieldiskutierten sog. Kollateralschäden, wenn man das falsche sog. „weiche Ziel“ tötet.

Die US-Website "SPACE WAR – your world at war" - textete: "Die U.S. Air Force bereitet sich darauf vor, ein neues Kommando für die Entwicklung von Cyberspace-Techniken aufzubauen, um damit Kämpfe auszuführen..."

[spacewar.com/reports/US_Air_Force_Preparees_For_Cyber_Warfare_999.html, Übersetzt B.T. Zugriff 17.2.13 16 Uhr]



Die Zeit hat diesen Text längst überholt. Der von den USA und Israel gegen iranische Atomanlagen entwickelte Computerwurm ‚Styxnet‘ lässt ahnen, was in der unmittelbar vor uns liegenden Zeit real sein soll: Großtechnische Anlagen und damit die gesamte Infrastruktur mindestens einer Region können ausgeschaltet werden. Ein solcher Angriff kann als Beginn eines Krieges interpretiert werden, denn er kann z.B. für die Nato als eine Legitimation zum Gegenschlag dienen.

Air Force Chief General Mosley führte bereits im Oktober 2006 aus, die „Herausforderungen beginnen mit Kämpfen, enden dort aber nicht.“ [af.mil/news/story.asp?id=123027010, Übers. B.T.] Es geht ihm dabei darum, eine Verbindung eigener Dominanz im erdnahen Raum (space), sowie in der Luft (air) und im Internet (cyberspace) sicherzustellen, wie es im Text seiner Rede heißt.

Wie weit diese Entwicklung bereits die Drohnen-Technik einbezieht, kann man angesichts der ersten Tests mit Weltraumdrohnen ahnen: „ Das US-Militär testet ...ein geheimes unbemanntes Mini-Raumflugzeug – von dem niemand in der Öffentlichkeit weiß, welchem Zweck es dient -“; es werde als „neues Waffensystem im Weltall“ kommuniziert [Die Welt, 12.12.12]. Es ist geeignet, schnell auf Krisen reagierend, vom All aus präzise Kampfgebiete zu scannen und operative Steuerung von Lenkwaffen zu übernehmen. Die bisherigen Entwicklungskosten werden - sicher zutreffenderweise - auf mehrere hundert Millionen Dollar geschätzt. Das investiert man in der Aussicht, beabsichtigte Dominanz sicherzustellen. Unbemannte Systeme übernehmen wie in der Entwicklung der Produktivkräfte in der Wirtschaft mehr und mehr eine zentrale Rolle in der Entwicklung der Destruktivkräfte in der Kriegsführungs-Planung. Das ist intolerabel gefährlich, nicht nur wegen der auch bei Drohnen vieldiskutierten sogenannten Kollateralschäden, wenn man das falsche sog. „weiche Ziel“ tötet.

Gewissensentscheidungen verantwortlicher Militärs haben die Menschheit in den letzten Jahrzehnten wiederholt vor der nuklearen Zerstörung bewahrt. Dazu zählt der sowjetische Vizeadmiral Wassili Archipow, der sich in der Kuba-Krise weigerte, die Vorschrift zu befolgen und in einer Torpedo-Angriffs-Situation auf den roten Knopf zu drücken. 1983 stuft der sowjetische Oberstleutnant Petrow einen Raketenalarm glücklicherweise und zutreffend als Fehllarm ein und folgte nicht der militärisch an sich zwingenden Vorschrift zum vorbeugenden Gegenschlag.

"Du kannst Dinge nicht innerhalb weniger Minuten überprüfen. Alles, was man tun kann, ist, sich auf seine Intuition zu verlassen. Ich hatte zwei Argumente. Erstens beginnen Angriffe in einem Krieg nicht nur von einer einzigen Raketenbasis aus. Zweitens hat ein Computer kein Gehirn. Es gibt vieles, was er irrtümlich für einen Raketenangriff halten könnte." [dradio.de/dlf/sendungen/kalenderblatt/851721/, Zugriff 16.2.13 21 Uhr]

Das wird es nicht mehr geben, wenn die Automatisierung im „Kriegshandwerk“ genauso um sich greift, wie in der Produktivkraftentwicklung. Der Drohnenkrieg ist eine Wegmarke auf diesem Weg, der von einer Zeitbombe an einer immer kürzeren Lunte bedroht wird: Peter W. Singer, Leiter der Arbeitsgruppe ‚21st Century Defense Initiative‘ an der Brookings Institution in Washington dazu in einem Spiegel-Interview: „Krieg war früher mal eine sehr ernste Entscheidung für eine Gesellschaft. Jetzt erklären wir ihn nicht mal mehr offiziell... Auch ändert der Drohnenkrieg, wie die Politiker über den Krieg denken. Die Hemmschwellen des Krieges, die so schon niedrig waren, liegen nun ganz am Boden." [spiegel.de/politik/ausland/drohneinsatz-sie-nennen-es-kriegsporno-a-681007.html, Zugriff 16.2.13, 22 Uhr]. Überschrift und Einleitung des Berichts zeigen die bedenklich abgestumpfte verharmlosende Haltung gegenüber der Gefahr: „Drohneinsätze: ‚Sie nennen es Kriegsporno‘... Die gesamte Erlebniswelt des Krieges werde durch die neuen ... Waffen verändert.“

Als Resultat ergibt sich, dass wir an einem qualitativen Sprung dessen stehen, was sie Kriegshandwerk (Warfare) nennen. Die Gefährlichkeit für das Überleben der Menschheit stößt in neue Intensitätsgrade vor.

In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts stand in West-Europa eine millionenfache Friedensbewegung auf, weil die Nato damals die Kriegsgefahr für viele leicht erkennbar steigerte: Sie installierte mit der Pershing II eine Erstschlagswaffe für den Enthauptungsschlag gegen die Sowjetunion. Die Mittelstreckenrakete benötigte nicht mehr als fünf Minuten bis zum technisch möglich gemachten Einschlag in einem gegnerischen Raketensilo. Die Sowjetunion hätte im Falle eines Angriffsalarms die Silos sofort durch den vorbeugenden Gegenschlag leeren müssen, oder sie hätte diese Waffen verloren. In Fünf Minuten kann man nicht überprüfen, ob der Alarm ein Alarm oder ein Fehllarm ist. Die Nato riskierte das Auslöschen der Menschheit aus Versehen. Das brachte die damalige Friedensbewegung so massenhaft auf die Straße, dass diese Atomraketen schließlich aus Europa verschwanden.

Genau das, was die friedliebende Menschheit damals erreichte, ist heute unsere durch die Destruktivkraftentwicklung verschärfte Aufgabe auf einer globalen Stufe der Steigerung der Gefahr. Die Nato baut Zentren für die Fusion von Cyber-/Air-/und Space-War auf, greift auf Drohnen zurück und integriert die Atomwaffe in ihre Strategie: Ich habe eine Datei eines Vortrages von Chief of Staff General Norty Schwartz vom 1.8.2008, in der er unter dem Motto „Fliege-Kämpfe-Gewinne“ fordert, dass die Atomwaffe erneut zu stärken sei [„Reinvigorate the Air Force Nuclear Enterprise“, afa.org/grl/pdfs/SLOC-CSAFsPerspective_1-Aug-08_v5.pdf]. Er bezieht sich dabei auf größere Studien, die dazu sehr konkrete und ausführliche strategische und taktische Ausführungen treffen. [siehe z.B.: af.mil/shared/media/document/AFD-081024-073.pdf]

Friedensbewegung gegen automatischen Krieg

Schon 2004 sagte der damalige Chef der internationalen Atomenergie-Agentur M. Baradei, ein „Atomkrieg rückt näher, wenn wir uns nicht auf ein neues ... Kontrollsystem besinnen“ [Spiegel-online v. 24.01.2004, Zugriff 16.2.13, 22:30]. Die Gefahr von damals wird durch die neuen Entwicklungen immer existentieller und schneller gesteigert, ja übertroffen. Man kann Wasser eine überschaubare Zeit jeden Tag um ein Grad C. erwärmen, ohne dass viel geschieht. Dann aber kommt ein Tag, an dem der Zustand am Siedepunkt in eine neue Qualität umschlägt und ungeheure Kräfte zur Wirkung kommen.

Das Ostermarschkomitee strebt Demonstrationen wie einst in den Zeiten der Anti-AKW-Bewegung auch in Kalkar an, denn dort baut die Nato seit Jahren ein „Air Power Centre of Excellence“ auf, um die Handlungsfähigkeit der „Allianz“ in den Bereichen „air, space, land and maritime air power operations“ zu verbessern. [nato.int/cps/en/SID-747688C3-CE70DDA1/natolive/news_21416.htm]

Es wäre eine Tragödie, wenn die Umweltbewegung ein Atomkraftwerk in Kalkar einst verhindert hätte, und dann vor Ort ein Kriegslogistik-Zentrum einzöge.



Nach dem Absturz über dem Sauerland -

Zeitbomben in der Luft – Gefahr geht von Kalkar aus

Der Zusammenprall zweier Eurofighter-Kampffjets mit einem sog. Learjet der bundeseigenen Gesellschaft für Flugzieldarstellung (GFD) über Olsberg im Sauerland, über den genauer als andere Medien am 23.6.14 der WDR (Aktuelle Stunde für NRW) berichtete, muß im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Ukraine-Krise gesehen werden. Unter den Email-Kommentaren zur Aktuellen Stunde des WDR finden sich solche von Bundeswehrangehörigen, die auf dieselbe Praxis, wie diese jetzt offenbar wurde, über den baltischen Staaten an der Grenze zu Rußland hinweisen. Der WDR berichtete, daß der Unfall vom Montag mit zwei Todesopfern aus den Reihen der GFD im Zusammenhang mit dem NATO-Luftkommando in Kalkar steht. Von dort gingen die Anweisungen aus. Dieses Luftkommando hat ständig in einem Radius bis nach St. Petersburg und Moskau die Luftüberwachung inne und dies im Fall der NATO-Staaten nördlich der Alpen mittels Eurofightern.

Bisher gelang es immer, die Machenschaften von Kalkar zu verbergen. Dürfte es damit nun vorbei sein? Die UZ berichtete am 13. Juni darüber und ergänzte mit Hinweisen zum Aufbau des sogenannten Raketenschirms: „Der Schirm entsteht in Ramstein – von wo aus die USA ihren Kampfdrohnenkrieg führen – und in Kalkar/Uedem, wo die Nato und die BRD den Drohnenkrieg vorbereiten. Die Kriegsvorbereitungen dort, müssen auch im Zusammenhang mit der gefährlichen Entwicklung in der Ukraine gesehen werden. Andere skandalöse Meldungen: Der Absturz eines Tornadoflugzeugs vom 16. Januar 2014 ganz nahe beim Atomwaffenstützpunkt Büchel (Rheinzeitung, Koblenz, 17. und 23. Januar 2014, 29. März 2014). Oder der Beinahe-Atomunfall ganz in der Nähe von Tausenden Kirchentagsgästen am Hamburger Hafen im Mai 2013 (Altona-Info, Lokalzeitung für Hamburg-Altona, 21. Mai 2013).“

Die Ostermarschbewegung Rhein-Ruhr macht seit zwei Jahren die Kriegsvorbereitungen, ja Kriegsführung durch das exorbitante Luftwaffenkommando von Kalkar und – ganz in der Nähe am Niederrhein – Uedem öffentlich. Nur Provinzblätter haben bisher mit Überschriften wie „Wenn die NATO Krieg spielt“ und „Der Luftwaffenstandort wächst“ berichtet. Die Rheinische Post aus Kleve am 6. März 2014 über Kalkar: „Der Zuständigkeitsbereich reicht vom Baltikum bis nach Großbritannien und von den Alpen bis nach Island“, sagte Brigadegeneral Nolte. Rund 350 zusätzliche Soldaten sind in den

vergangenen Monaten nach Kalkar und Uedem versetzt worden. In den kommenden Monaten und Jahren sollen noch 50 mehr kommen, so dass im Jahr 2017 voraussichtlich rund 1600 Soldaten in Kalkar beziehungsweise Uedem dienen werden.“

Diese Mannschaften dirigieren fliegende tickende Zeitbomben – die leicht außer Kontrolle geraten können, wie die Katastrophe über dem Sauerland zeigte.

Die Friedensbewegung, sowohl Ostermarsch Rhein-Ruhr als auch „Kooperation für den Frieden“ und „Friedensratschlag Kassel“ kündigte neue Aktionen gegen das Luftkommando Kalkar an. (Ulrich Sander)

Regierung bestätigt: Atomwaffen in Büchel werden modernisiert – (Rhein-Zeitung)

Von Dieter Junker

29.05.2014, 12:06 Uhr

Büchel - Die Bundesregierung hat erstmals zugegeben, dass die amerikanischen Atomwaffen in Europa, darunter auch die in Büchel, modernisiert werden. Nach Informationen unserer Berliner Korrespondenten bestätigte die Bundesregierung ein solches „Lebensdauererlängerungsprogramm“ aufgrund einer entsprechenden Anfrage der Grünen.

Dem Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Ralf Brauksiepe, zufolge diene diese Modernisierung dazu, die Sicherheit und Zuverlässigkeit aller von diesem Programm erfassten Nuklearwaffen auch weiterhin auf höchstem Niveau sicherzustellen und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung zu gewährleisten. Neue Einsatzmöglichkeiten entstünden durch den Austausch der Atomwaffen allerdings nicht. Nach Angaben der Grünen werden dabei die bisher freifallenden B-61-Sprengköpfe durch lasergesteuerte B-61-12-Lenkflugkörper ersetzt.

Vorsitzende der Initiative: "Bin überrascht und entsetzt"

Bei der Friedensbewegung ist diese Nachricht auf Empörung und scharfe Kritik gestoßen. „Das ist in meinen Augen eine Katastrophe. Ich bin überrascht und entsetzt, dass die Modernisierung der Atomwaffen in Deutschland schon begonnen haben soll. Damit widerspricht die Bundesregierung einem einstimmigen Beschluss des Bundestages, wonach die Atomwaffen aus Deutschland verschwinden sollen“, so Dr. Elke Koller aus Leienkaul vom Initiativkreis gegen Atomwaffen in einer ersten Stellungnahme.

„Wenn sich das bestätigt, ist das eine Unverfrorenheit, wie sich die Bundesregierung über Bedenken vieler Menschen gegen die Stationierung von Atomwaffen hinwegsetzt“, stimmte ihr Pfarrer Dr. Matthias Engelke aus Lobberich, der deutsche Vorsitzende des Internationalen Versöhnungsbundes, zu. Diese Modernisierung spreche jeglichen Abrüstungsbekundungen Deutschlands Hohn, betonte er.

Neues Wettrüsten eingeleitet?

Damit werde ein neues Wettrüsten eingeleitet, wie damals nach dem Nato-Doppelbeschluss, befürchtete Wolfgang Schlupp-Hauck (Mutlangen), der Sprecher der bundesweiten Kampagne „Atomwaffenfrei.jetzt“. „Nun werden die anderen nachziehen“, befürchtet er. Die vorherige Bundesregierung habe noch den Abzug versprochen, jetzt würden die Flugzeiten der Tornados als Trägerwaffen verlängert. Das widerspreche auch einem Beschluss des Bundestages, kritisierte er.

„Wir haben gemeinsam mit vielen Friedensgruppen genau vor dieser Entscheidung gewarnt: es ist verantwortungslos, der Modernisierung der Atomwaffen zuzustimmen, statt sich wie versprochen für eine Abschaffung dieser völkerrechtlich fragwürdigen Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Entgegen den Beschwichtigungen sinkt bei den modernisierten Atomwaffen die Einsatzschwelle“, meinte auch Markus Pflüger, der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Frieden in Trier. Es sei skandalös wie die Relikte des kalten Krieges in zielgenaue Angriffswaffen umgewandelt werden sollen statt Abrüstung und nachhaltige Entwicklung zu fördern, betonte Pflüger.

"Atomwaffen erhöhen die Sicherheit Deutschlands nicht"

Deutschland brauche keine neuen Atombomben, betonte Xanthe Hall (Berlin) von der Ärzteorganisation IPPNW zu den Meldungen über eine Modernisierung. Die in der Eifel gelagerten US-Atomwaffen

würden die Sicherheit Deutschlands in keinster Weise erhöhen und sollten abgezogen werden, forderte sie.

Die Friedensbewegung kündigte weitere Proteste in der Eifel an. „Ich ermutige jeden, sich daran zu beteiligen“, so Matthias Engelke. Im August ist wieder eine Fastenaktion am Haupttor geplant, ebenso wird es ein mehrtägiges Camp, auch von neuen Blockaden ist die Rede. „Wir werden hier für Gegenwind sorgen und den Druck erhöhen“, so Roland Blach, der baden-württembergische Landesgeschäftsführer der DFG-VK. Doch er meint auch: „Ich befürchte, dass durch diese Modernisierung das Ziel einer atomwaffenfreien Welt in weite Ferne gerückt ist.“

Am vergangenen Dienstag hat übrigens der Parlamentarische Staatssekretär Brauksiepe den Fliegerhorst besucht. Ob dies im Zusammenhang mit dieser Modernisierung, die offenbar bereits im Gange ist, steht, ist unklar. Laut Pressemitteilung des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 informierte er sich dabei über Aufgaben, Strukturen und „aktuelle Besonderheiten“ des Stützpunktes.

Die Bundesluftwaffe ist stets bereit zum Kriegseinsatz

Unbekanntes aus der KKK-Luftfahrt

(aus UZ, 13. Juni 2014)

Von Ulrich Sander



Vom 12. bis 23. Mai übte die Bundeswehr im seit langer Zeit größten Maßstab. Die Übung hieß JAW-REX 2014, was soviel wie Vereinte taktische Luftkriegsübung (Joint Air Warfare Tactical Exercise) bedeutet. Entsprechend heutiger NATO-Regel war es eine Luftkriegsübung, denn die Kriege der Zukunft sind solche in der Luft, ob mit oder ohne Piloten an Bord. Über 4000 Soldaten und Offiziere mit 100 Flugzeugen nahmen teil. Ihr Einsatzgebiet: Mecklenburg-Vorpommern, nur wenige hundert KM von der Ukraine entfernt. Hinzu kamen noch die rund 800 Experten, die von Kalkar/Uedem am Niederrhein aus die Übung kommandierten.

In den Medien erfuh man so gut wie nichts über die Kriegsspiele der Bundeswehr und NATO auf deutschem Boden in ernster Zeit.

Aus der Truppe wird nur das gemeldet, was die KKK-Ministerin (Karriere, Kita, Kasernenalltag) möchte. Über die wirklich wichtigen KKK (Kriegsvorbereitung, Kampfdrohnen, Kalkar) wird geschwiegen, obgleich diese die echten Pläne von der Leyens und der Bundeswehrführung betreffen. Die wenig aussagefreudige deutsche Luftwaffe verbreitet lieber Meldungen darüber, ob Putins Truppen mehr oder weniger dicht an der Grenze zur Ukraine stehen.

Was ist mit Kalkar? Im Herbst 2011 konnte man in Provinzzeitungen vom Niederrhein lesen: Von Kalkar aus wird durch die NATO künftig der gesamte Luftraum nördlich der Alpen observiert und „gesichert“. In ihm wird bewaffnet operiert – mit bemannten und unbemannten Flugobjekten. Dieser Luftraum umfaßt fast das gesamte Rußland. Im vorläufig virtuellen Einsatz können Flugzeuge abgeschossen oder „Terroristen“ in weiter Ferne unschädlich gemacht werden. „Wenn die NATO Krieg spielt“, stand über dem Artikel. Inzwischen erfahren wir mehr – wieder durch ein Provinzblatt: „Der Luftwaffenstandort Kalkar wächst“ (Rheinische Post, Niederrhein-Ausgabe Kleve, 6. März 2014). Beim diesjährigen Ostermarsch wurde diese neue Enthüllung verbreitet, ohne daß die Mainstreammedien sie widerspiegelten.

Berichtet wurde auf dem Dortmunder Friedensplatz beim Marschstopp die Vorgeschichte des exorbitanten Luftwaffenkommandos in Kalkar/Uedem, das die Zahl der Drohnenpiloten und antirussischen Raketenschirmbesatzungen auf 1000 Experten des Tötens verdoppelt hat und noch weitere 400 Arbeitsplätze für Mordkommandos und den antirussischen Raketenschirm plant, deren Arm bis weit hinter Kiew und Moskau reicht. In kleinen afp-Meldungen wie in der Westfälischen Rundschau, 3. Februar 2012, erfuhren wir: Die Bundesregierung habe dem Aufbau des Nato-Raketenschildes im rheinland-pfälzischen Ramstein zugestimmt und wolle Patriot-Raketen bereitstellen. Ramstein und Kalkar stehen unter amerikanischem Oberbefehl, wie aus einer Mitteilung der Stadt Stuttgart vom 24.04.2014 hervorgeht. Dort wurde von Oberbürgermeister Fritz Kühn (Grüne) der US-Luftwaffengeneral Philip M. Breedlove empfangen, der „zuvor Kommandeur der US-Luftstreitkräfte in Europa und Afrika, der Nato-Luftstreitkräfte Ramstein und Direktor des Kompetenzzentrums der Nato-Luftstreitkräfte mit Sitz im nordrhein-westfälischen Kalkar“ war. Nunmehr sei er „Kommandeur des amerikanischen Europakommandos mit Sitz in Stuttgart (Eucom) und Oberbefehlshaber für Nato-Operationen (Saceur).“



Der Raketenschirm muß Rußland beunruhigen, wurde auf dem Ostermarsch festgestellt. Man erinnerte aber auch an die alte Erkenntnis der Friedensbewegung: Raketen sind Magneten. Der Schirm entsteht in Ramstein – von wo aus die USA ihren Kampfdrohnenkrieg führen – und in Kalkar/Uedem, wo die Nato und die BRD den Drohnenkrieg vorbereiten. In Ramstein wie Kalkar kommandiert als oberster Kommandeur ein US-General. Die Kriegsvorbereitungen dort, müssen auch im Zusammenhang mit der gefährlichen Entwicklung in der Ukraine gesehen werden.

Andere unveröffentlichte skandalöse Meldungen wurden auf anderen Märschen thematisiert: Der Absturz eines Tornadoflugzeugs vom 16. Januar 2014 ganz nahe beim Atomwaffenstützpunkt Büchel (Rheinzeitung, Koblenz, 17. und 23. Januar 2014, 29. März 2014) Oder der Beinahe-Atomunfall ganz in der Nähe von Tausenden Kirchentagsgästen am Hamburger Hafen im Mai 2013 (Altona-Info, Lokalzeitung für Hamburg-Altona, 21. Mai 2013). Auch dieser Vorfall wurde gedeckelt.

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag steht die Verpflichtung, daß das „vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“ (Art. 2 Satz 3). Es sind unzählige Handlungen der Regierung bekannt, die dem widersprechen. Das Grundgesetz sieht nur Einsätze der Bundeswehr zur Verteidigung vor. Ernst Söder, langjähriger Gewerkschaftssekretär, sagte am Karfreitag in Dortmund: „Auch die Erklärung des Bundespräsidenten, dass die Deutschen mehr Verantwortung in der Welt – auch die militärische – zu übernehmen hätten, widerspricht dem Inhalt unseres Grundgesetzes, das die Bundeswehr ausdrücklich zu einer Verteidigungsarmee erklärt.“

Auf verfassungsmäßiger Grundlage operiert die Friedensbewegung. In vielen Medien wird diese verhöhnt oder totgeschwiegen. Geradeso als wäre es kürzlich gewesen, wird gesagt: „Ihr wart doch Anfang der Achtziger noch so viele, wo sind sie geblieben?“ Das ist 30 Jahre her. Damals gelang es, die Gewerkschaften und die Medien in die Friedensbewegung einzubeziehen. Heute sind die Gewerkschaften ruhiggestellt und die Medien berichten aus der Praxis der Bundeswehr als wäre sie eine große Kinderbetreuungsanstalt mit einer Gleichstellungsministerin an der Spitze.

Es wird sogar Kritik an der Ministerin geübt, sie sei in dieser Ukraine-Krise nicht kriegsbereit genug. Das liegt sehr abseits der Wirklichkeit.



Er ist der oberste und eigentliche Chef der NATO: Der US-Luftwaffengeneral Philip Breedlove (58) trat mitten in der Ukraine-Krise seinen Posten an.

Er ist auch Chef in Ramstein und Kalkar, also Kommandierender der deutschen wie NATO-Luftkriegstruppen mit bemannten oder unbemannten Flugobjekten, der Mann der den Raketenschirm gegen Russland aufbaut. Laut "Süddeutsche Zeitung" vom 23. Mai '14 verlangt er von den NATO-Ländern eine neue Hochrüstung und weit mehr Ausgaben für die Transformation, um sich auf Cyberaktivitäten und verdeckten Operationen einstellen zu können. Die NATO-Soldaten dafür, auch deutsche, sind schon in der Ukraine, getarnt als OSZE-Mitarbeiter. Foto: Eucom

Zusammenfassung

Die Bedrohungen unserer Existenz übersteigen unsere Vorstellungskraft. Im Internet-gestützten Cyberkrieg kann ein Atomkraftwerk zur Bombe werden. Drohnen, an denen die Bundeswehr schon mehr Erfahrung hat, als sie zugeben will, stehen für die Fernsteuerung und Automatisierung des Krieges.

Damit hat der Spruch „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ seine Wirkung verloren. Man führt den Krieg, ohne hinzugehen.

Drohnen, die aus einem Hinterhof per Joystick gesteuert werden, machen Politikern Entscheidungen leichter, in Konflikte zur Gewalt zu greifen. Damit schützen Drohnen nicht wirklich das Leben von Soldaten. Denn sie senken die Hemmschwelle gegenüber dem Griff zum Krieg ab, der Krieg wird wahrscheinlicher, Schutz für Soldaten ist ein Ablenkungsmanöver.

In dieser Situation kann es nur eine Alternative geben, die Kräfte des Friedens müssen zusammenstehen und aktiver werden. Es muß bundesweite Demonstrationen geben gegen die eskalierende Nato-Strategie in der Ukraine, wo eine illegale Regierung Krieg führt.

„Pro“ NRW, die im Rat dieser Stadt Essen sitzen und von der NPD gestützt werden, machte Werbung mit dem Plakat >>Wut im Bauch? Lass sie 'raus!<< Das versteht sich als doppeldeutiger Aufruf zur Gewalt. Am Antikriegstag tritt die NPD immer wieder mit eigenen Parolen auf, wie: „Nie wieder Krieg – nach unserm Sieg!“ Diese Kräfte haben wiederholt antifaschistische, gewerkschaftliche und einfach friedensbewegte Menschen überfallen. Die Rechte jubelt, etwa wenn der Bundespräsident mit der sogenannten Verteidigungsministerin dieses Landes mehr militärische Anteile – er nennt das ‚Verantwortung‘ – in der Außenpolitik fordert.

Wer vom Krieg spricht, darf vom brutalen Kampf um Marktanteile, vom imperialen Griff nach Rohstoffen, von der Roboterisierung des Krieges und der Profitjagd auch der Rüstungsindustrie, nicht schweigen. Die Essener Betriebe Krupp und Ferrostaal verdienen an U-Booten, mit denen Südafrika und Israel sogar Atomwaffen in Einsatz bringen können. RWE verdient am Weltmarkt mit atomwaffenfähigem Material - usw.

Wir müssen das Profit-System und nicht nur einzelne Profitgeier hinter uns lassen, um nicht in der Spirale aus Profitgier, Gewalt und Krieg zu sterben.

Diesen Leserbrief veröffentlichte am 2. 7. die Westfälische Rundschau:

Es gibt einen zuverlässigen Schutz für die Soldaten: Sie erst gar nicht in Auslandseinsätze zu entsenden. Dass sie Schutz durch mörderische Kampfdrohnen brauchen, ist zynisch. Die weit überwiegende Zahl der

Raketen und Geschosse aus Drohnen gehen auf völlig unbeteiligte Frauen und Kinder nieder. Jene Soldaten, die die Drohnen auf den 1800 km weiten Weg senden, sind in noch weiterer Entfernung in Kalkar/Niederrhein und Ramstein auf sicherem Posten. Hört auf, uns zu belügen!

Ulrich Sander, Dortmund

Diesen Leserbrief zu "Sprengstoff aus Schloß Bellevue" und "Der Westen steht im Wort" Süddeutsche, Seite 4, 16.6.14, veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung nicht:

Während dem deutschen Bundespräsidenten ob seines Schlusstrichmilitarismus - endlich Schluss mit "Nie wieder Krieg" - die gebotene Kritik zuteil wird, springt Ihre Zeitung dem ukrainischen Präsidenten und seiner Kriegsführung gegen das eigene Volk zur Seite. Dabei schrecken Sie vor Falschdarstellungen nicht zurück. Sie erfinden "die neue Kiewer Regierung", die nicht als "Nazis" bezeichnet werden dürfe, wie es ein russischer Präsidentenberater getan hätte. Es gibt keine neue Regierung in Kiew, es gibt nur einen neuen Präsidenten. Und der hat die alten rechtsextremistischen und Neonazihnen Minister immer noch nicht entlassen, die mit Hilfe von NATO und EU an die Regierung gelangten.

Ulrich Sander, Dortmund